

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V

EUROPABÜRO BRÜSSEL

TINA MERCEP

ELISA HIMBERT

NOVEMBER 2015

www.kas.de/bruessel

Deutschland, Israel und die EU: Aussichten auf Wirtschaft, Politik und Sicherheit und Rückblick auf 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel sowie 40 Jahre EU-Israel.

Die zögerliche Annäherung zwischen Konrad Adenauer und Ben Gurion bei einem Treffen im Jahr 1960 gilt als Auftakt der Deutsch-Israelischen Beziehungen. Zehn Jahre darauf folgt die Signierung des EU-Israel Cooperation Agreement, ein Meilenstein für das im Jahr 1995 abgeschlossene Association Agreement. Bis heute hat sich eine wichtige und ganz spezielle Freundschaft zwischen der Europäischen Union und Israel entwickelt. Unabdingbar gelten das Existenzrecht und die Sicherheit Israels. In Deutschland sind diese Maxime sogar als Staatsräson festgelegt. Doch nicht nur innerhalb Deutschlands, auch zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union herrscht Dissens zu bestimmten Themengebieten, wie zum Beispiel Israels Iran-Politik oder dem Nahost-Friedensprozess. Besorgniserregend ist eine neue anti-israelische und anti-semitische Stimmung, die innerhalb Europas und auch innerhalb Deutschlands Zulauf gewinnt. Die Region des Nahen Ostens ist erneut in einer Zeit des Aufbruchs: Postkoloniale Grenzen werden in Frage gestellt, Regime bekämpft, Machtansprüche neu verteilt. Den Kampf gegen den IS hält der Westen für unvermeidlich, allerdings unterscheiden sich die Vorstellungen hinsichtlich einer geeigneten Strategie. Nicht nur in dieser krisenbelasteten Zeit ist Israel als einziges demokratisches

Land des Nahen Ostens ein wichtiger und auch stabiler Partner für die EU. Für Israel hingegen ist die EU ein essentieller Handelspartner, gleichzeitig profitiert das Land von dem diplomatischen Tatendrang der europäischen Institutionen.

Anlässlich des 50. Jahrestages der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen und des 40. Jahrestages der EU-Israel Beziehungen kamen Experten aus Israel und den Mitgliedsländern der EU für zwei Tage in Brüssel zusammen. Neben der Stärkung dieser starken Verbindung durch diese Konferenz, bot dieses Forum zugleich auch genügend Raum für einen Diskurs über die aktuellen Herausforderungen für die EU und den Partner aus Nahost.

Die auf zwei Tage aufgeteilten ersten Gesprächsrunden richteten sich gezielt an ökonomische und politische Perspektiven. Das dritte Panel beschäftigte sich mit sicherheitspolitische Fragen und Lösungsansätzen.

Über den thematisch getrennten Sektionen stand stets das aktuelle EU-Israel-Verhältnis. Während der Debatte wurde schnell deutlich, dass beide Regionen von ähnlichen Bedrohungen konfrontiert werden. Der syrische Bürgerkrieg und die Ausrufung des Kalifats durch den IS sorgen nicht nur für große Instabilität im Nahen Osten, ihre Terroranschläge sowie die ausgelöste Flüchtlingswelle betreffen längst ganz Europa. Während der Konferenz wurde mehrmals die Notwendigkeit beteuert, heute noch stärker

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V

EUROPABÜRO BRÜSSEL

TINA MERCEP

ELISA HIMBERT

NOVEMBER 2015

www.kas.de/bruessel

zusammenzustehen, zusätzlich die Beziehung zu Israel zu stärken, um gemeinsam den Herausforderungen dieser Zeit zu begegnen. Shuli Davidovich, neue israelische Botschafterin bei der EU, hob das besondere Kulturgut hervor, die Wertschätzung von Demokratie und gemeinsamen Werten. Einen herausragenden Stellenwert genießt die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel. Angelehnt an Federica Mogherinis Aussage, im Jahr 2014 der Siedlungspolitik Israels mit „sticks and carrots“ zu begegnen, wurde der „Labelling-Approach“ der Kommission zur Sprache gebracht. Es handelt sich hierbei um das Vorhaben, zukünftig Produkte aus den besetzten Gebieten zu kennzeichnen. Dr. Michael Borchard, Direktor des KAS-Büros in Jerusalem hob hervor, dass somit weniger die multilaterale Zusammenarbeit gefördert, sondern vermehrt die politische und wirtschaftliche Isolierung Israels forciert werde. Obgleich wurde die Frage aufgeworfen, wo denn die „carrots“ seien, abgesehen von der großen finanziellen Unterstützung Israels durch die EU. Die ehemalige Knesset-Abgeordnete Dr. Einat Wilf machte hierbei sehr deutlich, dass es nicht die EU sei, welche die Existenz Israels aufgrund von Schuldzugeständnissen möglich gemacht habe, und als Gönner gegebenenfalls sanktionieren könne. Als „Zionism-Denial“ bezeichnete sie die Annahme, Israel sei lediglich als Entschädigung für die Shoa entstanden, ermöglicht durch die Europäer. Das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes in ihre Heimstätte zurückzukehren, wurde von den europäischen Mächten unterstützt und in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg umgesetzt. Der Gedanke des Zionismus existiert jedoch seit je her. Mehr Konsens ließ sich auf einem anderen Themengebiet finden. Unverzichtbar für den Friedensprozess gilt für die EU die Zweistaaten-

Lösung, für die auch die israelischen Referenten ihre Zustimmung gaben. Auf die Frage, warum dieser Lösungsweg von den Israelis nicht stärker lanciert werde, konstatierte Shuli Davidovich: „It is not an intellectual experiment, it is about our lives. We are 50% of the problem. We are 50% of the solution“.

Zur akuten Sicherheitslage wurde von allen Seiten betont, dass die europäisch-israelische Zusammenarbeit noch nicht ihr vollstes Potential ausgeschöpft habe. Zur aktuellen Position Israels im Syrien-Konflikt betonte Dr. Einat Wilf, dass sie versuchen ein der Schweiz ähnlicher „neutraler Bunker“ zu werden. Israel möchte sich aus der Kollision zwischen Schiiten und Sunniten heraushalten und eine neutrale Position einnehmen. Diesen Wunsch umzusetzen könnte schwer sein, angesichts der stark negativen Bewertung des Iran-Deals. Man befürchte einen nuklearen Anschlag, zumal so viele arabische Länder das Existenzrecht Israels nicht anerkennen. Als Resultat bewertet der Sicherheitsexperte Tommy Schneider das russische Eingreifen in Syrien durchaus als positiv, da Putin die Großmacht Iran im Nahen Osten einzuschränken vermag. MdEP Christian Dan Preda, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen der EVP-Fraktion, hob hervor, dass die Sicherheits-Zusammenarbeit durchaus „Luft nach oben hätte“. Ähnlich einer zweiseitig zu befahrenen Straße sollten Erfahrungen und Methoden in der Sicherheitspolitik zwischen der EU und Israel vermehrt ausgetauscht sowie der multilaterale Dialog weiter befeuert werden.